

Kritik des "Hochschulreformkonzeptes 1988" des Rates für Studienreform durch die ÖH-Technik

Der von Minister Tuppy nach dem "Heißen Herbst" eingesetzte Rat für Studienreform legte im November 1988 seine Thesen zur Studienreform dar und formulierte als Ziele, daß die Studien kürzer, effektiver und internationaler zu gestalten seien.

Abgesehen davon, daß eine Studienreform noch andere Ziele haben müßte, wie verstärkten Bezug zur gesellschaftlichen Praxis, gesellschaftliche Relevanz, Möglichkeiten einer umfassenden Qualifikation etc. sind die formulierten Ziele natürlich noch näher zu definieren.

So soll laut Rat mehr Effektivität durch ein Mehr an Konkurrenz, Begabtenförderung und strafere Studienorganisation, sprich Verschulung, erreicht werden. Aus Sicht der ÖH-Technik müßte "effektiver" aber vor allem heißen: bessere Vermittlungsformen, Entlastung von unnötigen Lehrinhalten etc.. Die Anforderung einer näheren Definition ist auch an den Begriff "internationaler" zu stellen, wo sich der Rat im 8. Leitsatz in einer Beschreibung der Existenz der europäischen Integration erschöpft.

Die wesentliche Basis einer produktiven Studienreform, die ausreichende materielle Ausstattung der Universitäten, des Lehrbetriebs, streift der Rat nur kurz, Forderungen werden dazu nicht erhoben. Ebenso wird der akademische Arbeitsmarkt, bzw. Vorschläge zur Senkung der Arbeitslosigkeit völlig vernachlässigt, was aber Voraussetzung wäre, um kürzere und effektivere Studien auch real umsetzen zu können.

Die 8 Leitsätze

1) Der Forderung nach *offenem Hochschulzugang* wird nur für Maturanten erhoben, andere Zugänge zur Uni werden nicht erwähnt. "Finanzielle Beihilfen für sozial schwache Studenten (sic)" sind laut Rat sicherzustellen, in Wirklichkeit aber massiv auszubauen. Wie diese "Sicherstellung" in der Realität aussehen soll, skizzierte Min. Tuppy bei der Präsentation des Konzepts, indem er feststellte, daß "die Familie in Zukunft einen höheren Beitrag zum Studium leisten müsse".

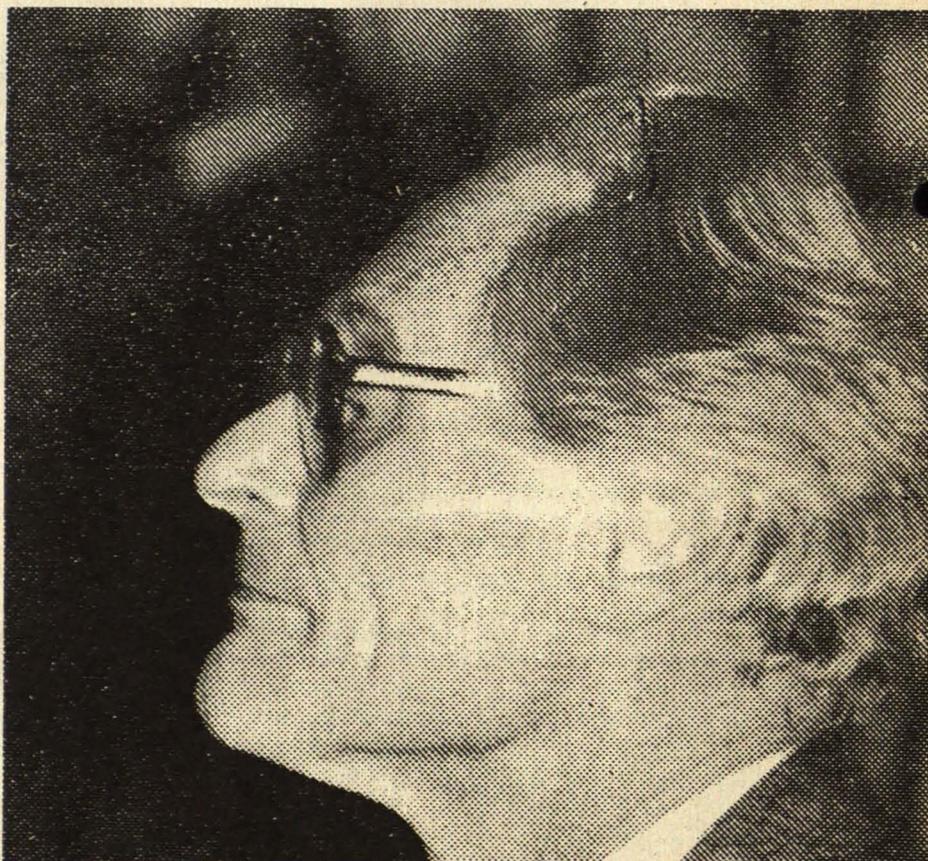
2) Die vom Rat geforderte *Verkürzung der Studienzeit* bringt nur dann die postulierten volkswirtschaftlichen Vorteile, wenn die Probleme am akademischen Arbeitsmarkt gelöst sind. Zudem kann die Verkürzung sinnvoll nur durch Lehrplanentrümpelung, verbessertes und ausreichendes Lehrangebot erreicht werden, keinesfalls durch Straffung im Sinn von Verschulung.

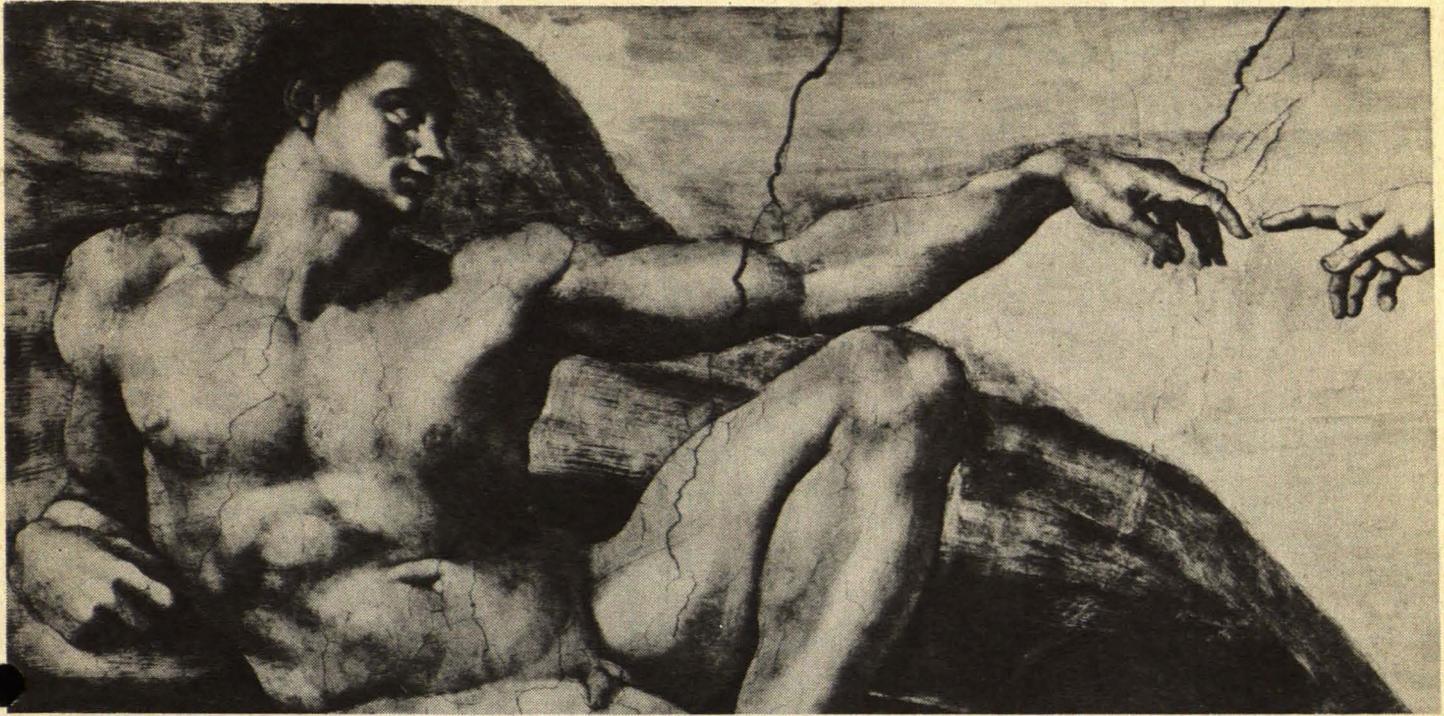
3) Zu den Vorschlägen zur *De-Regulierung* der Studiengesetze ist festzustellen, daß die erhofften Effekte, die raschere Anpassung an den Fortschritt der Wissenschaft, an gesellschaftliche und praktische Erfordernisse, dadurch keineswegs gesichert werden. Der Rat verliert zudem kein Wort zur studentischen Mitbestimmung. Die Einführung eines Bakkalaureats als anwendungsorientiertes Kurzstudium ist abzulehnen.

5) Der geforderte stärkere Wettbewerb zwischen den Unis darf keinesfalls auf dem Rücken der Studierenden ausgetragen werden, z.B. in Form erhöhter Prüfungsanforderungen.

6) Eine Reduktion der Prüfungsanzahl kann nur bei entsprechender Reduktion der Prüfungsinhalte erfolgen, dies wiederum kann nur durch eine Demokratisierung des Prüfungswesen wirklich gesichert werden. Weiters kann nur geprüft werden, was auch gelehrt wird, d.h. z.B. bei den geforderten 'Übersichtsprüfungen', daß die Integrationsleistung der Lehrinhalte nicht nur vom Studierenden verlangt werden kann.

7) Die 'Innovativen Bauten' sind eine schöne Zukunftsperspektive, angesichts der realen materiellen Ausstattung der Uni ist dieser Leitsatz aber eher absurd.





8) Wie schon eingangs festgestellt, sagt der Begriff Internationalisierung v.a. im Zusammenhang mit der EG-Integration noch nichts über den konkreten Inhalt aus. Gegen eine dem internationalen Stand entsprechende Qualität von Forschung und Lehre ist nichts einzuwenden, sehr wohl aber gegen eine unreflektierte Anpassung an (EG?)-Normen.

Die Vorschläge im einzelnen

Matura: Wie bereits festgestellt, müssen auch andere Zugänge zur Universität offengehalten werden. Die problemlose Beherrschung der deutschen Sprache darf nicht zu weiteren Schikanen gegen ausländische Studierende führen. Wenn sich der Rat derart ausführlich den lebenden Fremdsprachen widmet, ist frappierend, daß die tote Fremdsprache nicht diskutiert wird. Latein ist als Voraussetzung für den Uni-Zugang abzuschaffen.

Studienablauf: Den 'allgemeinen Bemerkungen' ist zuzustimmen, fraglich ist, wie die intensive Betreuung durch UniversitätslehrerInnen ohne massive Ausweitung der personellen Ressourcen gewährleistet werden soll.

Bakkalaureat: ist, wie bereits festgestellt, sowohl als anwendungsorientiertes Kurzstudium abzulehnen, wie es als 'Ausstiegszeugnis' nur den Studienabbruch formalisieren würde.

Diplomstudium: Die Absolvierung in 'längstens zehn Semestern' setzt ausreichende Ausstattung des Lehrbetriebes voraus. Eine Straffung kann nur in Lehrplanentrümpelung bestehen, nicht in Verschulung.

Prüfungen: Eine Reduktion der Wiederholungsmöglichkeiten wird abgelehnt. Die vom Rat für Studienreform vorgeschlagenen Teile eines Punktesystems der Beurteilung würden nur zu einer Jahresprüfung passen und sind daher obsolet.

Centers of Excellence: Die hinter diesem Vorschlag stehende Elite-Konzeption ist zurückzuweisen. Ziel muß sein, in allen Uni-Bereichen optimale Lehr- und Lernbedingungen zu schaffen. Eine Schwerpunktsetzung der öffentlichen Finanzierung ist nur auf Ebene der Forschung sinnvoll und braucht transparente Kriterien, die nicht in der Förderung kurzfristig profitabler Wissenschaftsbereiche bestehen dürfen. Grundsätzlich sind alle Lehrveranstaltungen und alle Uni-Institute allen Studierenden zugänglich zu halten.

Daher sind die Centers abzulehnen.

Erfolgskontrolle: auch die Lehre ist einer effizienten Kontrolle und Beurteilung durch die Studierenden zu unterwerfen, Sanktionsmaßnahmen sind zu entwickeln.

Studiengebühren: auch in der gegenüber ersten Entwürfen abgemilderten Form abzulehnen.

Rechtliche Rahmenbedingungen: siehe De-Regulierung

Einige positive Ansätze in dem Konzept (Projekt- und Teamarbeit, Reduktion der Notenskala, Ziel der Studienzeiterkürzung, Senkung der Prüfungszahl) können nicht darüber hinwegtäuschen, daß dieses Papier auf konservativen Vorstellungen im Bildungsbe- reich fußt, daß die generelle Tendenz darin besteht, unter den Bedingungen der unzureichenden materiellen Ausstattung die Unis funktionsfähig zu halten.

Damit kann dieses Konzept nicht als Basis einer produktiven Hochschulreform dienen.

Anforderungen an eine Studienreform

Daß eine Studienreform, eine inhaltliche Neuorientierung der Studien an den österreichischen Universitäten notwendig ist, steht außer Frage.

Praxisbezug und Effizienz der Studiengänge sind auch für die StudentInnen und die Mehrheit der österreichischen Bevölkerung von Relevanz. Dabei sind jedoch zwei Tatsachen zu berücksichtigen, die in der bisherigen Studienreformdebatte keinen Eingang gefunden haben:

Einerseits das Interesse der Studierenden an einer Ausbildung, die es ihnen längerfristig ermöglicht, erworbene Qualifikationen in ihrer späteren beruflichen Tätigkeit langfristig umzusetzen, und nicht nur kurzfristig miteinsetzbaren Fertigkeiten, die im technologischen Wandel schnell veralten, abgespeist zu werden.

Andererseits das Interesse der Bevölkerungsmehrheit an einer Wissenschaft und Forschung, die gesellschaftliche Problemstellungen aufgreift und an gesellschaftspolitischen Lösungsvorschlägen arbeitet bzw. die Studierenden befähigt, in diesem Sinne zu arbeiten. Unter Berücksichtigung dieser Aspekte lassen sich zumindest folgende inhaltliche Anforderungen an eine Studienreform stellen:

- verstärkte Vermittlung von Grundlagenkenntnissen in den ersten Studienphasen; Zurückdrängung von reinem Faktwissen und Fertigkeiten.

- verstärkte Interdisziplinarität, um der gestiegenen Komplexität und Interdependenz wissenschaftlicher Erkenntnisse gerecht zu werden.

- Vertiefung erworbener wissenschaftlicher Kenntnisse durch den Ausbau und die Verstärkung projektorientierten und praxisnahen Lernens.

- Verstärkung der Verbindung von Forschung und Lehre; Einbindung von Forschungsergebnissen in die Lehre

- Verstärkte Verankerung gesellschaftlich relevanter Fragestellungen.